

Auftragsbekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

Formular 121 - VHB-Bund - Ausgabe 2019

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
Straße, Hausnummer: Lindenhof 1
Postleitzahl (PLZ): 99974
Ort: Mühlhausen
Telefon: +49 36018 02508
E-Mail: vergabestelle@uh-kreis.de

b) Verfahrensart „Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A“

Geschäftszeichen: 2026-014-UHK-SVGLM_Los 8

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
- ohne elektronische Signatur (Textform)
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / fortgeschrittenem elektronischen Siegel
- mit qualifizierter elektronischer Signatur / qualifiziertem elektronischen Siegel

d) Art des Auftrags

Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung

Seilerhalle Schlotheim
Schlotheim
Pfarrer-Bonhoeffer-Str. 15c
99994 Nottertal-Heilinger-Höhen

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Der Landkreis Unstrut-Hainich beabsichtigt die Sanierung der Seilerhalle in Schlotheim im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) zu vergeben.

Im Los 8 werden die Elektroinstallation ausgeschrieben mit folgendem Leistungsumfang:

- 1 St SIBE-Zentrale
- 1 St Behinderten Rufset
- 1 St Einbruchmeldezentrale
- 5 St Brandschotte
- 10 St Bohrungen
- 16 St Infrarotbewegungsmelder
- 18 St Lautsprecher
- 18 St Rettungszeichenleuchten
- 30 St Installationsgeräte
- 34 St Präsenzmelder
- 60 St Sicherheitsleuchten
- 140 St Leuchten
- 270 m Elektroinstallationsrohr
- 350 m Elektroinstallationskanal
- 2500 m Kabel

weitere Lose:

Los 1 - Abbrucharbeiten

Los 2 - Gerüstbauarbeiten

Los 3 - Dachdeckungsarbeiten

Los 4 - Estricharbeiten

Los 5 - Trockenbauarbeiten

Los 6 - Malerarbeiten

Los 7 - Fliesenarbeiten

Los 9 - HLS

Die Ausschreibung der Lose erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt:

Los 10 - Sportboden

Los 11 - Prallschutz

Los 12 - Schließsystem

h) Losweise Vergabe

Nein

i) Ausführungsfristen

Fertigstellung oder Dauer der Leistungen

Juni - Oktober 2026

Weitere Fristen

siehe Bauablaufplan

j) Nebenangebote

nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

k) Mehrere Hauptangebote

nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter
<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=848999>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.

o) Ablauf der Angebots- und der Bindefrist

Ablauf der Angebotsfrist

20.04.2026 - 09:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist

29.05.2026

p) Angebote sind einzureichen

elektronisch via

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=848999>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

r) Zuschlagskriterien

nachfolgende Zuschlagskriterien

Preis

t) Geforderte Sicherheiten

siehe Vergabeunterlagen

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Zahlungsbedingungen gem. § 16 VOB/B

v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

w) Beurteilung der Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das **Angebot** in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich / ggf. geforderte Eignungsnachweise

Es werden gem. § 6a Abs. 2 VOB/A folgende Eigenerklärungen und Nachweise für die Beurteilung der Eignung verlangt:

- Eigenerklärung, dass in den letzten fünf Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt wurden (falls das Angebot in die enge Wahl kommt sind drei Referenznachweise mit den Angaben gemäß der Eigenerklärung zur Eignung (124) vorzulegen)
 - Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
 - Eigenerklärung, dass die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen (falls das Angebot in die engere Wahl gelangt, ist die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte anzugeben)
 - Eigenerklärung zu Registereintragungen (falls das Angebot in die engere Wahl kommt sind, sofern zutreffend zur Bestätigung die Gewerbebeanmeldung, die Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer vorzulegen)
 - Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
 - Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt
 - Eigenerklärung der ordnungsgemäßen Erfüllung der Zahlungsverpflichtung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (falls das Angebot in die engere Wahl kommt sind zur Bestätigung eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit Betrieb beitragspflichtig ist), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. eine Bescheinigung in Steuersachen sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorzulegen (soweit diese beantragt wurde)
 - Eigenerklärung zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft (falls das Angebot in die engere Wahl kommt ist eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft mit Angabe der Lohnsummen vorzulegen)
- Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Sollten Nachweise der Eignung fehlen, erfolgt die Aufforderung zur Vorlage gem. § 16a VOB/A. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

- Eigenerklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 22 Lieferkettensorgfaltpflichtengesetz (LkSG) vorliegt

- Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen: 500.000 € bei Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall

Nachweis durch Vorlage einer Versicherungsbestätigung nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Angebotsabgabe oder wenn diese zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht wie gefordert besteht einer Eigenerklärung, dass im Fall der Auftragserteilung eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird sowie die Bestätigung eines Versicherers, dass dieser zum Abschluss einer derartigen Versicherung mit dem Bieter bereit ist. Die Versicherungspolice ist bis zur Zuschlagserteilung einzureichen.

Bei Bietergemeinschaften sind diese Erklärungen zur Versicherung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizufügen und der Versicherungsschutz muss für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

- Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Vergabe unterliegt den Regelungen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG). Gemäß § 8 Abs. 1 ThürVgG sind Bieter verpflichtet mit der Abgabe des Angebotes eine Eigenerklärung zur Einhaltung der Bestimmungen des Vergabegesetzes vorzulegen. Nähere Details und rechtliche Hinweise finden Sie auch unter: <https://wirtschaft.thueringen.de/wirtschaft/wirtschaftsverwaltung/oeffentlichesauftragswesen/> Gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 ThürVgG können nur Angebote gewertet werden, welchen diese Erklärung beigefügt ist. Die Erklärung ist im Angebotsschreiben (Vergabeunterlagen) enthalten.

Sollten Nachweise der Eignung fehlen, erfolgt die Aufforderung zur Vorlage gem. § 16a VOB/A. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

Auskünfte im Vergabeverfahren werden ausschließlich durch die Vergabestelle erteilt.

Fragen und Antworten zum Vergabeverfahren (Bieterfragen) sowie Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen werden ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform bereitgestellt. Nur wenn Sie sich registrieren und Ihre Teilnahme aktivieren, erhalten Sie die Informationen. Die Bieter sind verpflichtet, sich eigenständig und regelmäßig über den aktuellen Stand der Vergabeunterlagen und Bieterfragen auf der e-Vergabe-Plattform zu informieren. Alle im Verlauf des Vergabeverfahrens veröffentlichten Änderungen an den Unterlagen und Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen. Kalkulations- oder Angebotsfehler, die auf nicht beachtete Änderungen oder ergänzende Informationen zurückzuführen sind, gehen zu Lasten des Bieters.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, deren Klärung für die Angebotsabgabe wesentlich sind (z. B. Auswirkungen auf die Preisermittlung, unvollständige/unverständliche Vergabeunterlagen), so ist die Auftraggeberin unverzüglich und rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist zu informieren (siehe Frist Bieterfragen).

Auf die Möglichkeit der Beanstandung der beabsichtigten Vergabeentscheidung beim Auftraggeber nach § 14 Abs. 2 ThürVgG und die Kostenfolge nach § 14 Abs. 5 ThürVgG wird hingewiesen.

Hinweis gemäß § 11a (3) VOB/A i. V. m. § 11 (3) Vergabeverordnung (VgV):
Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients und Webanwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bieter für elektronische Signaturen, die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung AnA-Web und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web bzw. Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform.